

## Der Klimawandel als Chance

### *Der Weg zum „Green New Deal“*

Es ist schon eine bittere Ironie – einerseits ist das Gärtnern auf der Parzelle voll im Trend. Andererseits führen steigende Immobilienpreise und der ungebrochene Zuzug in die Städte dazu, dass Anlagen immer öfter überbaut werden sollen. Den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft scheinen die Kleingärtner



hilflos ausgeliefert. Was die Gartenfreunde dagegen tun können, erklärte der Soziologe Dr. Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung im Rahmen eines Treffens verschiedener Landesverbände in Bremen.

### Beispiel Deutschland

Wie wichtig das Thema ist, machte Reusswig gleich zu Beginn deutlich: Seit 2011 sinkt die Zahl der Kleingärten, und nur 18 % aller Anlagen sind durch Bebauungspläne dauerhaft gesichert. Gerade in Städten mit wachsender Verdichtung sind die Anlagen von einer Überbauung bedroht – so die ersten Ergebnisse der Studie „Kleingärten im Wandel“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Dabei ist das Kleingartenwesen im Umbruch, das ökologische Gärtnern etwa gewinnt an Bedeutung (laut Studie sind 85 % aller Anlagen naturnah gestaltet), es gibt verstärkt neue Gartenformen (Gemeinschaftsgärten) und neue Nachfragegruppen, etwa Familien mit Kindern (85 %), Paare nach der Familienphase (42 %) und Familien mit Migrationshintergrund (72 %), so Reusswig.

### Wie handeln

Vor allem in den Ballungsräumen steigt so die Nachfrage nach Kleingärten. Um dieser Nachfrage und der Flächenkonkurrenz dort zu begegnen, sind bislang vor allem die Nachverdichtung im Bestand (die Teilung von Gärten), die Zuordnung von Grabeland oder anderen Gartenformen in Kleingartenanlagen und die Gemeinschaftsnutzung praktizierte Lösungsansätze.

Diese Ansätze sind aber nicht auf alle Anlagen übertragbar. Wichtig ist es deswegen, sich aktiv in die Stadtplanung einzubringen. Die Kleingärtner müssen mittelfristig dafür werben, dass die negativen ökologischen Folgen einer Bebauung in den Haushalt einer Stadt mit eingerechnet werden und am Ende keine „schwarze“, sondern eine „grüne Null“ steht.

Entscheidend dafür ist es, Kompetenzen in den Verbänden zum Thema Stadtplanung aufzubauen, etwa durch das Mitwirken an Forschungsvorhaben (besonders „Reallaboren“). Der Soziologe empfiehlt zudem, Allianzen zu bilden, besonders „Urban Gardening“-Projekte würden sich dafür anbieten.

Reusswig schlägt am Ende einen „Green New Deal“ vor. Die Kleingärtner erhalten eine dauerhafte Bestandsgarantie für ihre Anlagen und gewährleisten dafür soziale und ökologische Leistungen.

Mit Blick auf die Ökosystemleistungen der Kleingärten ist hier der Klimawandel eine Chance für die Kleingärtner. Denn der Wandel des Klimas wird die Bedeutung von Grün in der Stadt erhöhen. Das ist nicht nur ein Frage der ökologischen, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit, da es gerade sozial schwächer Gestellte sind, die am wenigsten Zugang zu städtischem Grün und seinen Entlastungsfunktionen haben. Und somit könnte aus einer Bedrohung auch ein Weg zur Rettung werden. Hilflös sind die Gartenfreunde somit nicht – bis zu einem „Green New Deal“ ist es aber auch noch ein langer Weg, den sie möglichst aktiv gehen sollten.



Dies gilt sowohl für die Kleingärtner in Deutschland und ganz Europa.

*Sören Keller*  
*Verlag W. Wächter*

*Adaptiert und vervollständigt M. WEIRICH, Office International du Coin de Terre et des Jardins Familiaux*